

Holger Magel und Manfred Miosga

HAT DAS LAND JETZT WIEDER ZUKUNFT?*

LÄNDLICHER RAUM: SCHLÜSSELROLLE BEI BEWÄLTIGUNG AKTUELLER KRISEN

„Das Land hat Zukunft. Neue Perspektiven für die ländlichen Räume“ – so heißt ein von Alois Glück und Holger Magel im Jahr 1990 herausgegebener Sammelband. Es herrschte damals überall eine Hochstimmung nach der vorausgegangenen Europaratskampagne für den ländlichen Raum, die 1988 betrieben wurde. Die Gründung der Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung ein Jahr später und die deutsche Wiedervereinigung 1990 brachten einen nochmaligen Schub an Ländlichkeit, zugänglichen ländlichen Räumen sowie politischer und finanzieller Aufmerksamkeit – wenn auch nicht immer in der erwünschten und vor allem nachhaltigen ökologischen und raumwirksamen Breite und Qualität.

Nach 30 Jahren permanenten Bemühens und vielfältiger Strukturpolitiken muss man leider feststellen, dass die Aufbruchstimmung für den ländlichen Raum und der Glaube an eine Zukunft des Landes welt- und europaweit arg geschwunden sind. Die Landflucht ist ein globales und ein auch im reichen Deutschland anhaltendes Phänomen geworden, die Landwirtinnen und Landwirte werden immer weniger, ebenso die landwirtschaftlichen Flächen, die darüber hinaus zunehmend ausgebeutet und

kontaminiert sind oder infolge des Klimawandels drohen, immer weniger nutz- und fruchtbar zu sein. Die Stadt ist „in“, das Zeitalter des Urbanismus wird gefeiert. Vor allem die UN-Behörden tun sich besonders hervor, das Zeitalter des Urbanismus zu feiern und damit – bewusst oder unbewusst – den ländlichen Exodus der nicht mehr an eine Zukunft in der Heimat glaubenden Menschen zu beschleunigen. Die neuen StädterInnen nehmen das Land allenfalls noch als Erholungsraum am Wochenende zur Kenntnis bzw. nutzen es als peri-urbanen Wohn- und Schlafstandort.

Trotz fast schon verzweifelter und durchaus aner kennenswerter Bemühungen der Politik zeigt sich etwa auch im ehemaligen agrarischen Kernland Bayern der Verlust an Ländlichkeit und eigenständiger ländlicher Lebenskraft. Boomende Städte wie München wirken wie Staubsauger und verformen das ländliche Umland in breiartige Konglomerate (den so genannten Ballungsraum) und entziehen den weiter entfernten ländlichen Räumen permanent die Arbeitskräfte, vor allem die Jugend und damit ihre wichtigste Ressource für die Zukunft. Und wer es sich (nicht) leisten kann, bleibt auf dem Land und reiht sich in den täglichen Pendlerwahnsinn ein.

* leicht aktualisierter Beitrag zur Schrift TUM Forum Sustainability. Wissenschaft, Vernunft & Nachhaltigkeit: Denkanstöße für die Zeit nach Corona. München, Juli 2020



Manfred Miosga (links) und Holger Magel sehen die Politik, die im Zuge der Pandemie eine lange nicht mehr in dieser Form dagewesene Handlungsmacht gezeigt hat, dringend gefordert, einen Paradigmenwechsel in Richtung Resilienz und Zukunftsfähigkeit einzuleiten. Fotos: z.V.G.

Ist das daraus resultierende Hase-und-Igel-Spiel – kaum hat man im ländlichen Raum gewisse Erfolge erzielt, zieht die Stadt durch ungebremste Akkumulation, beispielsweise durch High-Tech-Unternehmen (so geschehen in München mit Apple, Microsoft, Amazon und Google) und Kreativwirtschaft, schon wieder davon und holt sich die ländlichen Arbeitskräfte – ein Naturgesetz?

Oder ist es eher das Ergebnis des bisherigen „institutionellen ökonomischen Regimes“, das rein bzw. zu sehr den „Logiken der Wirtschaft, der Märkte und der Kapitalakkumulation“ folgt, wie es Hartmut Rosa 2020 formulierte? Das Ergebnis also jahrzehntelangen vergeblichen Anrennens an die Betonmauern von Sektorpolitiken, Lobbydenken und verengtem wirtschaftlichen Denken? Und mit Abwehrreaktionen

wie: „Was wollt ihr denn? Der Wohlstand ist doch gewachsen. Die Umwelt ist vielleicht in Mitleidenschaft gezogen worden, da muss man nachbessern, aber generell ist das halt das Opfer, das man bringen muss. Denn für langfristiges Denken und Investment werden wir nicht bezahlt.“

IST NACH CORONA ALLES ANDERS?

Nun gibt es ja viele Stimmen, die für einen Richtungswechsel plädieren. ZEIT-Kolumnist Uwe Jean Heuser (2020) spricht etwa davon, „dem Retten eine Richtung zu geben“ und die Wirtschaft – und wir ergänzen: das gesamte Leben – grüner und digitaler zu gestalten. Nicht aus Emotion heraus, aus Naturschwärmerei oder sich überschätzender Welttrottungshaltung, sondern schlicht aufgrund der Fakten, wie sie vielfach be-



Maßnahmen zur Bewältigung aktueller Krisen, etwa die regionale, eigenständige Versorgung mit Nahrung oder der Kampf gegen Energieknappheit und Klimawandel, sind unbestritten im ländlichen Raum zu verorten und gehen mit beträchtlichen Veränderungen für die ländliche Bevölkerung einher. Eine Partnerschaft zwischen Stadt und Land auf Augenhöhe ist unabdinglich. Foto: IMAGO/Shotshop

geschrieben sind. Aus Gründen der Wissenschaftlichkeit, Vernunft und Nachhaltigkeit eben.

Die Corona-Pandemie hat ja nicht neue Erkenntnisse über den Zustand der Welt, die Gesellschaft oder die Stadt-Land-Verhältnisse gebracht, sie hat nur die Augen und das Bewusstsein der Gesellschaft dafür geöffnet, wie labil und schnell gefährdet unser „globalisiertes“ Wirtschaftsmodell und unser Lebensstil sind. Und sie hat eine ganz entscheidende Einsicht geliefert, worauf Hartmut Rosa in seinem Essay „Wir können die Welt verändern“ hingewiesen hat: nämlich auf die Wiederherstellung des Primats der Politik und damit auch die Wiederherstellung kollektiver Selbstwirksamkeit. Das ist für ihn das entscheidende Novum der gegenwärtigen, nun schon seit zwei Jahren und wohl noch länger anhaltenden, Krise.

Wer sich an die bisherigen politischen und bürgerlichen Ohnmachtserfahrungen gewöhnt hat, erkennt nun, dass plötzlich etwas geht, von dem wir immer gesagt haben: „Das geht nicht!“ (so Armin Nassehi, wie ihn Hartmut Rosa zitiert). Nun müssen wir alle, vor allem die Politik, unterstützt von ExpertInnen, die ja in der Corona-Krise eine noch nie dagewesene Bedeutung erlangt haben, das Richtige tun für das „Wieder-Hochfahren“ bzw. den Wiederaufbau in Europa.

Es gilt aber nicht, die Beschleunigungsmaschine so schnell wie möglich wieder in Gang zu setzen (und dabei halt die Klimaziele und manche andere wie das Flächensparen, den Artenschutz und die Biodiversität über den Haufen zu werfen), sondern einen „Stabilisierungsmodus“ neu zu erfinden. Und die neue Handlungsmacht von Politik und unterstützender Gesellschaft für

einen grundlegenden Paradigmenwandel zu nutzen. Es gilt, wie es einst Hannah Arendt (zitiert ebenfalls von Rosa) formulierte, „als kreativ handelnde Akteure eingespielte Pfade zu verlassen, geltende Reaktionsweisen und -ketten außer Kraft zu setzen und genuin Neues hervorbringen“.

NEUE ZUKUNFT FÜR DAS LAND?

Genuin Neues hervorbringen also oder endlich das tun und umsetzen, was an kreativen Ideen für die Stärkung ländlicher Räume längst vorliegt, aber am vorherrschenden Denken und an der bisherigen „institutionalisierten Steigerungsdynamik“ gescheitert ist. Die Corona Krise hat schlaglichtartig die Schwächen der globalisierten Wirtschaft gezeigt und auch die Notwendigkeit regionaler Kreisläufe, die hohe Bedeutung dezentraler Gesundheitsversorgung, den Wert ländlichen Wohnens und Lebens im Gegensatz zu den hitze- und seuchenanfälligeren und sonstig geplagten Metropolen.

Wer in dieser Zeit auf dem Lande und nicht gerade in einem von Starkbierfesten geschädigten Corona-Hotspot lebte, fing wieder an, die Vorteile des Lebens auf dem Lande zu schätzen. Der Direktor des über 2000 Kommunen umfassenden Bayerischen Gemeindetags, Franz Dirnberger, etwa berichtet im „Coronajahr 3“, also 2022, davon, dass sich das Lebensgefühl vieler Menschen verändert habe, dass es StädterInnen wieder mehr und mehr aufs Land ziehe und der ländliche Raum zum Sehnsuchtsort werde. Auch das Berlin Institut (Sixtus et al. 2022) bestätigt diese Aussage: „Die vielzitierte neue Landlust spiegelt sich im Umzugsverhalten wider. Unsere Analyse der Wanderungsstatistik zeigt auf, dass inzwischen tatsächlich mehr Menschen ihren Wunsch umsetzen und sich

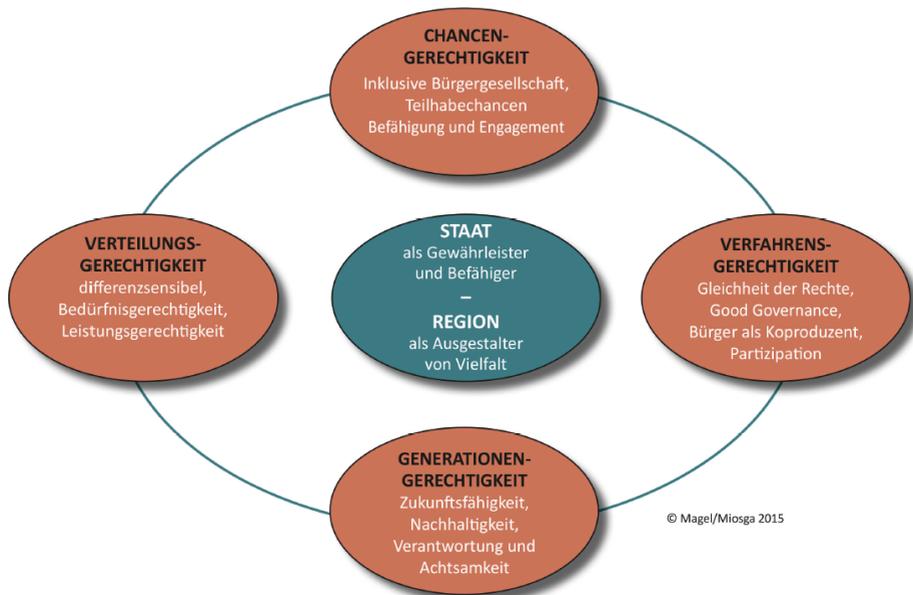
für ein Leben auf dem Land entscheiden als noch vor einem Jahrzehnt. Die Corona Pandemie hat diesen Trend noch verstärkt“. Alles gut?

Ja, wenn da nur nicht die bekannten Schwächen wären – wie die Defizite bei nah erreichbaren qualifizierten Arbeitsplätzen, bei generationen- und raumgerechtem ÖPNV und Mobilitätsketten, bei durchgehender Breitbandversorgung und Digitalisierung, in der Nah- und Gesundheitsversorgung sowie bei ortsnahen Bildungseinrichtungen und schließlich – unübersehbar – wie der Verlust an landschaftlicher und landwirtschaftlicher Schönheit, Vielfalt und ökologischer Stabilität. Genau diese Defizite



Defizite ländlicher Regionen wie die oft mangelnde Nah- und Gesundheitsversorgung regen zuweilen nicht dazu an, ein Beheben dieser Defizite einzumachen. Vielmehr fordern manche ein Überdenken der Förderpolitik in Richtung Stärkung der Städte und ein „Aufgeben“ strukturschwacher Dörfer.

Foto: Adobe Stock



Gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land können nur bei bestehender Chancen-, Verteilungs-, Verfahrens- und Generationengerechtigkeit erreicht werden. Grafik: Magel/Miosga 2015

sind ja der „willkommene“ Nährboden für negative Stimmungen verbreitende Äußerungen von ÖkonomInnen über Förder- und Strukturprogramme für ländliche Räume. Reint Gropp, Chef des Leibniz Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle (2019) und Anhänger der Theorie „Die starke Stadt stärken anstelle den ländlichen Raum“, postet deshalb die förderpolitisch gemünzte These „Stadt statt Land“ und Joachim Ragnitz, IFO-Vize in Dresden (2022), gießt Wasser in den Wein bayerischer und außerbayerischer Behördenverlagerungspolitik – trotz großer Akzeptanz in der ländlichen Kommunalpolitik und Bevölkerung.

Der Mängelkatalog und die Notwendigkeit zum Handeln sind gleichwohl in Politik,

Wissenschaft und Gesellschaft bekannt und weitgehend unbestritten. Je nach Brille und Statistik wird aber der Status Quo positiv oder negativ beurteilt. Es gibt scheinbar keinen objektiven und von allen akzeptierten Maßstab, der alle Aspekte menschlichen Lebens unvoreingenommen und neutral abdecken würde. Da lässt die Absicht der vormaligen Bundesregierung aufhorchen, künftig jedes Regierungshandeln bzw. alle Förderprogramme einem Gleichwertigkeitscheck zu unterziehen.

Der damals zuständige und dem ländlichen Raum sehr verbundene bundesdeutsche Raumordnungsminister Horst Seehofer hat aber nicht gesagt, anhand welcher Kriterien die Wirkungen auf die Gleichwertigkeit

der Lebensverhältnisse geprüft werden soll. Die zuständige Bundeskommission hat sich leider nicht die Mühe gemacht, das Verfassungsziel „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ näher zu definieren, geschweige denn zu operationalisieren. So kann man auch in Zukunft nicht im Konsens beurteilen, ob es in Deutschland die vielbeschworene Balance von Stadt und Land gibt und wie der Ländliche Raum durch notwendiges Umsteuern in Raumordnungs-, Agrar-, Wirtschafts-, Infrastruktur-, Sozial- und Bildungspolitik eine bessere Zukunft bekommen kann.

WISSENSCHAFT, NACHHALTIGKEIT, VERNUNFT

Es ist höchste Zeit für Gleichwertigkeitsforschung. Und es ist wissenschaftlich zu hinterfragen und zu analysieren, wie das oben erwähnte genuin Neue, das zu einer besseren Zukunft führen kann, konkret aussehen kann, soll und muss. Dafür braucht man zuvor methodische Grundlagen zum Messen, Analysieren, Beurteilen. In Abwandlung von Hölderlins vielzitiertem Spruch liegt eine rettende Methode längst vor: Es ist das von uns Autoren diese Textes im Rahmen unserer Expertenmitwirkung in der Enquetekommission „Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern“ (2018) entwickelte Modell der Räumlichen Gerechtigkeit mit seinen vier Gerechtigkeitsdimensionen (Chancen-, Verteilungs-, Verfahrens- und Generationengerechtigkeit) als ethische und (fach)politische Grundlage der Gleichwertigkeitsziele. Es wurde von der Kommission einstimmig verabschiedet und als Grundlage für die weiteren Diskussionen verwendet. Es könnte mithelfen, die ländlichen Defizite und Handlungsbedarfe im Diskurs mit den Vorstellungen der jeweiligen Regionen individueller und konkreter anzusprechen und zu beheben, anstatt

die vielkritisierten pauschalen Förderpakete anzubieten.

Nun muss es darum gehen, das Modell wissenschaftlich noch zu verfeinern und weiterzuentwickeln. Leider gibt es bisher seitens der Bayerischen Staatsregierung keinen Forschungsauftrag dazu, obwohl die Kommission das empfohlen hat. Wann, wenn nicht jetzt, müssen wir alles tun, um den wiederentdeckten ländlichen Räumen eine neue nachhaltige Zukunft zu eröffnen – mit den richtigen Analyse- und Steuerungsinstrumenten. Die Politik sollte ihren in Corona-Zeiten wiederentdeckten Primat zum Handeln auch hier wahrnehmen.

Immerhin gibt es schon Hoffnung, dass die Bayerische Staatsregierung erstmals in der Geschichte der 50-jährigen Landesplanung den Begriff Räumliche Gerechtigkeit als Wertmaßstab in das fortgeschriebene Landesentwicklungsprogramm aufnehmen will.

ZEITENWENDE DURCH PUTINS KRIEG: ZUKUNFT NUR MIT DEM LAND

Mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine erfasst uns nun die nächste schwere Krise nach oder – besser – zusätzlich zu Corona, die uns die Abhängigkeiten und Verletzlichkeiten des dominanten „institutionellen ökonomischen Regimes“ deutlich vor Augen führt: Eine wirksame Sanktionspolitik gegen den Aggressor ist vor allem aufgrund der Abhängigkeit von russischen Energieimporten kaum möglich, die ausfallenden Importe von Nahrungsmitteln aus der Ukraine lassen nicht nur die Preise explodieren, sondern gefährden mehr und mehr den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die nationale und europäische Solidarität. Die nun erst recht notwendige und seit

mindestens zehn Jahren angemahnte Transformation (WBGU 2011) zu Resilienz und Nachhaltigkeit wird das Verhältnis von Stadt und Land neu gewichten (müssen).

Die existenziellen Abhängigkeiten der Lebensweise in den Städten vom Land werden deutlicher und direkt spürbar: Eine schnelle und erfolgreiche Energiewende, eine regionalere und robustere Nahrungsmittelversorgung, eine Umstellung des Materialbedarfs der Industrie auf biogene und nachwachsende Rohstoffe, der notwendige Klimaschutz und die Anpassung an die Erderhitzung werden notwendigerweise vor allem in ländlichen Räumen gestaltet werden müssen. Sie führen dort zu ungewohnten oder bisher ungewollten neuen Nutzungsansprüchen an Flächen und werden zwangsläufig Landschaftsstrukturen verändern. Besonders anschauliches Beispiel hierfür ist etwa die Nutzung der Windenergie.

Um bei der Bevölkerung im ländlichen Raum die Akzeptanz für die notwendige schnelle und fundamentale Transformation zu erreichen, müssen sich Stadt und Land künftig anders, nämlich als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe, begegnen und endlich – mit dem Versprechen wechselseitigen Gewinns – kooperieren. Hier ist zuallererst die Politik gefordert, rasch ihre Instrumente der Landesentwicklung zu ertüchtigen und ko-kreative und in Richtung Ausgleich und Kooperation steuernde Prozesse auf regionaler und (inter-)kommunaler Ebene zu ermöglichen.

LITERATUR

Bayerischer Landtag (2018): Bericht der Enquetekommission „Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern“, Drucksache 17/19700

Dirnberger, F. (2022): Stadt und Land – Gibt es etwas Neues? Editorial in Bayerischer Gemeindegascheft Heft 6/2022

Glück, A. und Magel, H. (1990): Das Land hat Zukunft. Neue Perspektiven für ländliche Räume. Jehle Rehm, München

Gropp, R. (2019): Kommentar: Stadt, Land, Frust. Wirtschaft im Wandel, Nr. 1, 2019

Heuser, U. J. (2020): Was wirklich lohnt. Leitartikel. In: DIE ZEIT Nr.19, 29. 4. 2020

Magel, H. (2019): Landlust, Landfrust oder beides? Aktuelle Anmerkungen zu gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt und Land. In: ZfV 3/2019, 144. Jg.

Miosga, M. (2015): Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern – Nicht nur Aufgabe der Kommunen! In: BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung, München

Ragnitz, J. (2022): Ämterverlagerung in strukturschwache Regionen: Ifo skeptisch. In: SZ vom 21. Juni 2022

Rosa, H. (2020): Wir können die Welt verändern. In: Christ & Welt. Nr. 19, 29. April 2020

Sixtus, F., Beck, L., Hinz, C. und Slupina, M. (2022): Studie des Berlin Instituts „Landlust neu vermessen. Wie sich das Wanderungsgeschehen in Deutschland gewandelt hat“. <https://www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/landlust-neu-vermessen>

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Hauptgutachten. Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation. WBGU Berlin 2011

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Holger Magel, Senior Excellence Faculty und Emeritus of Excellence für Bodenordnung und Landentwicklung der TU München, München

Univ.-Prof. Dr. Manfred Miosga, Professur für Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Bayreuth, Bayreuth